

Die Zusammenarbeit der nordischen Länder in der Flüchtlingsfrage 1933-1940

Ausgangslage

- Skandinavische Länder verfolgten während des II. Weltkriegs eine Neutralitätspolitik
- staatliche Zusammenarbeit der Länder auf politischem Gebiet ohne Erfolg, trotz ähnlicher Ziele:
 - Einhaltung des nationalen Handlungsspielraums
 - Einnahme einer defensiven Haltung bei internat. Konflikten

Flüchtlingspolitik

- gemeinsames Ziel war die Freihaltung vom Flüchtlingsproblem der 1930er Jahre
- Zusammenarbeit beschränkte sich auf unverbindlichen gegenseitigen Informationsaustausch u. generelle defensive Maßnahmen

Internationale staatliche Hilfsarbeit

- 1933
- Diskussion der Flüchtlingsfrage vor dem Völkerbund
 - DK sollte zu einer vorläufigen Idee, der Bildung einer internationalen Instanz zur Koordinierung der staatlichen Hilfsarbeit für Hitlerflüchtlinge, Stellung nehmen
 - DK äußerte verhaltene Zustimmung (ohne Absprache mit SE u. NW), obwohl man eine internat. Regelung d. Flüchtlingsfrage für unnötig hielt
 - auf Initiative d. Niederlande → Gründung des *Hochkommissariats für Flüchtlinge aus Deutschland*

→ Vorrang bei Stellungnahmen hatten immer nationale Überlegungen

- 1935
- NW unterbreitete den Vorschlag Hilfsarbeit f. armenische, russische u. Hitlerflüchtlinge in einer zentralisierten Völkerbundinstitution zusammenzufassen → nordische Nachbarländer wurden darüber zunächst nicht informiert

→ keine Zusammenarbeit der nordischen Länder bei Einzelthemen zur Flüchtlingspolitik

- 1936
- internationale Regierungskonferenz, bei der eine vorläufige Anordnung zur rechtlichen Stellung d. Hitlerflüchtlinge u. zur neuen Flüchtlingskonvention ausgearbeitet wurde
 - NW u. DK unterschrieben u. ratifizierten das Statut, während Schweden dies ablehnte

- 1938
- internationale Regierungskonferenz, auf der vorläufiges Statut durch eine neue Konvention abgelöst werden sollte → auch hier lehnte SE einen Beitritt ab
- skandinavische (wie auch alle anderen Zufluchts-)Länder behandelten die Flüchtlingsfrage als nationale Angelegenheit, obwohl sie ein internationales Problem darstellte
- Priorität der nationalen Politik lag auf Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen

Fluktuation zwischen den skandinavischen Ländern

- regelrechter Versuch der Zufluchtsländer Flüchtlinge in andere Länder zu bewegen
- Fluktuation zwischen skandinavischen Ländern funktionierte ohne größere Schwierigkeiten → Bsp: NW akzeptierte Übersiedlung von Flüchtlingen aus DK, obwohl sie nicht direkt aus Dtl. kamen

seit 1934

- gespanntes Verhältnis zwischen SE u. DK
- schwedische Skepsis gegenüber der Passfreiheit im Öresundverkehr, da hierdurch Flüchtlingsfluktuation erleichtert wurde
- zudem sollten illegal nach SE Eingereiste, die aus DK kamen wieder von DK aufgenommen werden
- dies lehnte DK ab; versuchte eigenes Flüchtlingsproblem einzudämmen, indem man es auf SE abschob
- 20.05.1938 schwedisch-dänische Absprache über gegenseitige Wiederaufnahme v. polit. Flüchtlingen

→ erstes konkretes Ergebnis zwischen Behörden in d. Flüchtlingsfrage

Beginn einer Zusammenarbeit

1937 September Außenministerkonferenz in Stockholm → Besprechung der Flüchtlingsfrage

1938 März Okkupation Österreichs → Verschärfung des Flüchtlingsproblems
April Außenministerkonferenz in Oslo → allg. Meinungsaustausch zur Flüchtlingsfrage

Mai Nordisches Zusammenarbeitskomitee in Oslo → auch Vertreter der Arbeiterbewegung verkannten zentraleuropäisches Flüchtlingsproblem

Juni erste gemeinsame Flüchtlingskonferenz in DK → Erörterung von 5 Punkten: Asylrecht; Flüchtlingsbegriff, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, Kontrolle d. Flüchtlingsangaben zur Flucht, Regeln bezüglich d. Ablehnung v. Flüchtlingen

- durch Okkupation Österreichs rechnete man mit steigender Anzahl jüdischer Flüchtlinge
- dän. Staatsminister Hedtoft-Hansen wünschte sich eine „nordische Einheitsfront“, d.h. eine gemeinsame Absprache unter nordischen Ländern zur Unterbindung d. Einreise jüd. Flüchtlinge
- gemeinsames Vorgehen aber nicht möglich, da SE bereits im April des Jahres Visumzwang f. Inhaber österreichischer Pässe eingeführt hatte

Juli Internationale Konferenz in Evian → keine verbindlichen Beschlüsse innerhalb der Hilfsarbeit

Ende Juli Nordische Außenministerkonferenz → Meinungsaustausch zur allg. Entwicklung d. Flüchtlingsfrage → Befürchtungen vor wachsendem Andrang neuer Asylsuchender

→ internationale Beschlüsse waren völlig unzureichend u. wurden deshalb von der sich ständig verschärfenden Flüchtlingsfrage immer wieder überholt

→ keine Fortschritte in vorgesehener gegenseitiger Abstimmung bei Behandlung d. Flüchtlinge u. Asylsuchenden

Literatur:

- Petersen, Hans Uwe: *Die Zusammenarbeit der nordischen Länder in der Flüchtlingsfrage*. In: Lorenz, Einhart, Klaus Misgeld, Helmut Müssener, Hans Uwe Petersen (Hrsg.): *Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933-1950*. Hamburg 1998. S. 69-85.
- Lorenz, Einhart, Hans Uwe Petersen: *Fremdenpolitik und Asylpraxis*. In: Lorenz, Einhart, Klaus Misgeld, Helmut Müssener, Hans Uwe Petersen (Hrsg.): *Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933-1950*. Hamburg 1998. S. 17-42.